
43/SBI XXIV. GP

Eingebracht am 10.06.2011

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Stellungnahme zu Bürgerinitiative

DR. REINHOLD MITTERLEHNER
Bundesminister



Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER

Parlament
1017 Wien

Wien, am 9. Juni 2011

Geschäftszahl:
BMWFJ-10.107/0013-IK/1a/2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

In der Beilage übermittle ich Ihnen die Stellungnahme meines Hauses zur Bürgerinitiative Nr. 27 betreffend "Ergänzungen des § 46 (1) SchOG" mit dem höflichen Ersuchen um entsprechende weitere Veranlassung.

Mit freundlichen Grüßen

Beilage



1011 Wien | Stubenring 1 | Tel.: +43 (0)1 711 00 - 5104 | Fax: +43 (0)1 711 00 - 15282
E-Mail: reinhold.mitterlehner@bmwfj.gv.at | www.bmwfj.gv.at

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

www.parlament.gv.at



Bundesministerium für
Wirtschaft, Familie und Jugend

Stellungnahme des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend

Unbeschadet der Zuständigkeit des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur für Angelegenheiten des Schulorganisationsgesetzes wird seitens des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend angemerkt, dass durch eine entsprechende legislative Anpassung des Schulorganisationsgesetzes ein Beitrag dafür geleistet werden könnte, dass sich für Personen im Rahmen von einschlägigen Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen die Chancen zur positiven Absolvierung der Lehrabschlussprüfung erhöhen. Dadurch werden einerseits die beruflichen und ökonomischen Chancen des Einzelnen verbessert und andererseits ein wichtiger Beitrag geleistet, der österreichischen Wirtschaft die erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.